Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 295. Freitag den 24. Oktober 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 21. Okt. Heute wurde die zweite Kammer wieder eröffnet. Moritz Mohl und 17 Genossen beantragten eine Verwahrung gegen die Aufhebung der Grundrechte. Der Antrag wird an die staatsrechtliche Kommission zur schleunigen Berichterstattung verwiesen.

Paris, 21. Okt. Nach einem zirkulirenden Gerücht übernimmt Billault das Portefeuille des Innern, Arnaud des Krieges, Bourjolly des Aeußern und Magne der Finanzen.

Frankfurt a. M., 22. Oktober, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn $36\frac{1}{8}$.

London, 21. Oktbr., Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols $97\frac{1}{4}$, $\frac{3}{8}$. Hamburg 3 Monat-Wechsel, 10 Mrk. 10, $10\frac{1}{4}$ Shl. Wien, 12 Fl. 25—35 Kr. nom.

Paris, 21. Okt., Nachm. 5 Uhr. 3proz. 55, 75. 5proz. 90, 50. (Berl. Bl.)

Venedig, 21. Okt. Feldmarschall Radetzky ist nebst General Benedek aus Verona hier eingetroffen.

Ferrara, 18. Okt. Das zweite Bataillon des Regiments Erzherzog Stephan ist gestern nach Bologna abmarschirt.

Turin, 19. Okt. Farini's Ernennung zum Unterrichtsminister bestätigt sich. Es bereitet sich gegen ihn eine schwere Opposition im Schooße des Parlaments vor. Die Königin Wittwe ist heute aus Toskana über Genua zu Moncalieri eingetroffen.

Genua, 18. Okt. Der Redakteur des sozialistischen „Povero" ist zu 6 Monaten Kerker und 200 Francs Geldbuße verurtheilt worden.

Breslau, 23. Oktober. [Zur Situation.] Aus Berlin erhalten wir Nachrichten über einige den Kammern zu machende Vorlagen; dabei wird nicht verheimlicht, daß das Wesen des konstitutionellen Regime's immer mehr und mehr ins Gedränge kommt. Nicht blos das Wahlgesetz für die zweite Kammer soll dem ständischen Prinzip angepaßt, auch die Ministerverantwortlichkeit, wenn nicht beseitigt werden, doch als leere Abstraktion außer praktischer Wirksamkeit bleiben.

Bemerkt muß hierbei werden, daß der rheinische Landtag sich ausdrücklich gegen die Bezeichnung einer ständischen Korporation verwahrt hat.

Ueber die Stellung Preußens zu Dänemark, von woher über die eben beendete Ministerkrise unsere Zeitung heute verschiedene, recht instruktive Korrespondenzen bringt, enthält das C. B. eine nicht außer Acht zu lassende Mittheilung. Danach wäre die Sachlage folgende:

„Im vorigen Jahre hatte man bei den gepflogenen Verhandlungen zunächst ein Provisorium im Auge, während jetzt ein Definitivum hergestellt werden soll. Wenn Hr. v. Meyendorff russischer Seits damals die Ernennung eines Statthalters für beide Herzogthümer durch den König von Dänemark unterstützte, so vergesse man nicht den Accent darauf zu legen, daß man dies nur für das Provisorium anstrebte. Der russischer Seits nicht unbedingt unterstützte Vorschlag gesonderter Ministerien für Schleswig und Holstein war nur in Bezug auf die Herstellung eines provisorischen Zustandes gestellt worden. In Bezug auf das Definitivum stellte man damals allein die Wiederherstellung gesonderter Landstände für beide Herzogthümer als Forderung auf. Diese Proposition für das Definitivum, welches an die Stelle des Provisoriums treten sollte, über dessen Gestaltung man sich 1850 vereinbaren wollte, fand die Billigung der russischen Regierung. Dieser einzige Hauptpunkt, der schon damals in Bezug auf das Definitivum hervorgehoben wurde und sicherlich die einzige deutsche Proposition war, die man von Petersburg aus unterstützte, wird, wie wir schon mitgetheilt haben, bei den jetzigen Verhandlungen festgehalten. Es kann also durchaus nicht die Rede davon sein, daß man weiter gegangen ist, als Rußland früher gefordert hätte, und es ist vollkommen richtig, daß die jetzigen Verhandlungen an die vorjährigen angeknüpft haben, indem sie die damalige Hauptproposition für das Definitivum, die Wiederherstellung der Landstände, wiederum als erste Bedingung aufstellten.

Richtig ist es, daß seit dem Beginn der Ministerkrisis in Kopenhagen die hier schwebenden Verhandlungen nicht gefördert worden sind und daß der Ministerwechsel selbst, obschon ein bestimmtes Programm des neuen Kabinets noch nicht vorliegt, Erfreuliches im deutschen Sinne nicht verspricht."

Aus Hamburg wird uns berichtet, daß der Senat wieder einmal einen Sturm der in die einheimischen Verfassungswirren sich einmischenden Bundesgewalt abgeschlagen habe, mit der Bemerkung, daß die Nothwendigkeit einer Verfassungs-Revision schon aus vormärzlicher, also ante-revolutionärer Einsicht entsprungen sei; nichts destoweniger dürfte es den Hansestädten auf die Länge ziemlich schwer werden, sich der rückwärts drängenden österreichisch-preußischen Politik zu entziehen, welche auch darin sich wieder auf den vormärzlichen Standpunkt zurückbegeben hat, daß sie in allen Fragen der Reaktion gemeinsam handelt, ohne die geheim intriguirende Nebenbuhlerschaft aufzugeben.

Unser Münchener △-Korrespondent giebt wieder eine Schilderung der gehässigen Umtriebe, wodurch man Baiern zum Rücktritt vom Zollverein verleiten will. Wie neulich vom landwirthschaftlichen Kreisverein, ist diesmal von den Zünften ein Gutachten erfordert worden und dieses entschieden zu Gunsten der Aufrechthaltung des Zollvereins ausgefallen.

Uebrigens soll zwischen Preußen und Hannover aus Anlaß des in Sachen der Ritter vom Bundestage erlassenen Inhibitoriums eine Spannung eingetreten sein, weil Preußen sich nicht unter denjenigen Staaten befunden, welche ihre Stimme gegen das Inhibitorium abgegeben.

In Paris ist noch nichts entschieden. Zwar verbreitet man bereits eine Ministerliste, welche Hr. Billault kombinirt haben soll; indeß wird andererseits behauptet, daß sich die Unterhandlungen mit Billault vollständig zerschlagen haben sollen.

General Klapka ist in London angekommen; zum Aerger der Times, welche den Leuten weiß machen wollte, daß nur unrespektable Leute sich an dem Kossuth-Bankett betheiligen würden, hat der amerikanische Gesandte, Hr. Lawrence die ihm zugegangene Einladung angenommen, der türkische dagegen, Hr. Mussurus Bey, sich entschuldigen lassen.

Preußen.

Berlin, 22. Okt. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Gesandten in Karlsruhe, Kammerherrn und wirklichen Legationsrath v. Savigny, den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen; und den Legations-Sekretär bei der königlichen Gesandtschaft zu Wien, Freiherrn Georg von Werthern, zu Allerhöchstihrem Kammerherrn zu ernennen.

Bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist der geheime Journalist Wilhelm Kieckbach zum geheimen Registrator ernannt worden. — Der bisherige Privat-Docent an der hiesigen Universität, Dr. Jessen, ist als Lehrer für die naturgeschichtlichen Wissenschaften an die staats- und landwirthschaftliche Akademie zu Eldena berufen worden.

≌ **Berlin**, 22. Oktober. [Frankreich und die drei nordischen Großmächte. — Vermischtes.] Die Wendung in der innern Politik Frankreichs, welche mit dem gegenwärtigen Ministerwechsel eingetreten ist, hat sehr lebhafte Verhandlungen zwischen den Kabinetten der drei nordischen Großmächte zur Folge gehabt. Es sind in den letzten Tagen wiederholentlich hierauf bezügliche Depeschen zwischen Wien, Berlin und Petersburg gewechselt worden, und man wird gut thun, in dieser Beziehung die Artikel des gewöhnlich diplomatisch genau inspirirten Journal de Frankfort nicht ganz zu übersehen, welches die Pläne, die man hat, einigermaßen durchschauen läßt. Es drückt nur in anderer Form aus, was auch wir darüber erfahren, indem es sagt: Sobald Frankreich die Bahn wieder betritt, auf welcher das Wohl des Landes nicht mehr von der Kraft der Regierung, sondern von der Unbeständigkeit der Massen abhängt, werden sich die nordischen Großmächte zwar nicht sofort in die innern Angelegenheiten Frankreichs mischen, aber Behufs einer solchen Einmischung auch nur den Augenblick abwarten, wo die französische Revolution auf die Angelegenheiten der übrigen Mächte zurückzuwirken beginnt. Die Idee eines bewaffneten Friedens gegenüber der schwankenden Lage der Dinge in Frankreich ist im Augenblick offenbar in den Vordergrund getreten, und das Prinzip der Nichtintervention überhaupt durch die neueren dortigen Vorgänge wesentlich erschüttert worden. Es wird gut sein, dieser Wandelung der Ansichten bei Zeiten die volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, um nicht durch Vorgänge überrascht zu werden, welche in einer nicht fernen Zukunft eintreten dürften. — Unter den 6 Stimmen, welche innerhalb der Bundes-Versammlung gegen das in der hannoverschen Verfassungs-Angelegenheit erlassene Inhibitorium gestimmt haben, befindet sich Preußen bekanntlich nicht. (S. unten.) In Folge davon soll zwischen dem hiesigen und dem hannoverschen Ministerium im Augenblick eine gewisse Verstimmung herrschen, da Herr v. Manteuffel bei den Verhandlungen, welche dem Abschlusse des Handelsvertrags vom 7. September vorhergingen, wenn auch nicht gerade eine desfallsige Verpflichtung ein-

gegangen ist, so doch seine beste Mühwaltung in dieser Angelegenheit zugesagt haben soll. Das nächste Interesse bei dieser Frage dürften hiernächst aber die Hansestädte haben, da einer uns zugehenden Notiz zufolge, es immer noch nicht unwahrscheinlich sein soll, daß der auch in Bremen ausgebrochene Verfassungs-Konflikt unmittelbar durch einen Bundes-Kommissarius zum Austrag geführt werden werde. — Es soll Hoffnung vorhanden sein, daß die Anschauungen, welche der Minister v. d. Heydt von mehreren Verkehrs-Einrichtungen in England gewonnen hat, vortheilhafte Rückwirkungen für unsere Verhältnisse haben werden. So soll der Minister namentlich die Absicht einer vollständigen Aenderung des preußischen Telegraphenwesens zu erkennen gegeben haben, und vor Allem eine Vermehrung der Anzahl der Dräthe eintreten lassen wollen, damit in der Folge die Beförderung der Depeschen schneller vor sich gehen könne. Auch der Abschluß eines Postvertrags mit England soll durch den Handelsminister v. d. Heydt eingeleitet worden sein. — Bekanntlich befindet sich der Contreadmiral Brommy seit einigen Tagen nochmals in Frankfurt, um einen letzten Versuch zu machen, für den Fortbestand der deutschen Flotte zu wirken. Seine Bemühungen werden aber aller Wahrscheinlichkeit nach vergebens sein, da man preußischer Seits fest entschlossen ist, von dem ursprünglichen Plane einer Theilung der Flotte nach Maßgabe der dafür von den einzelnen Staaten gezahlten Beiträge nicht abzugehen.

Berlin, 22. Oktober. [Zur Tages-Chronik.] In Bezug auf die zu errichtende Central-Polizeistelle will der „Magdeb. Korresp." noch erfahren haben, daß diese Behörde weniger ein exekutives Polizei-Organ für das gesammte Bundesgebiet, als vielmehr ein ständiger Polizei-Kongreß werden soll, zu welchem alle Bundesregierungen ständige Vertreter zur gegenseitigen schnellen Vermittelung aller polizeilichen Angelegenheiten entsenden. Dabei sei jedoch natürlich nicht ausgeschlossen, daß von dieser Centralbehörde in dringenden Fällen insbesondere, mit der ganzen Bundesautorität bekleidete Weisungen an die Behörden einzelner Bundesländer ergehen.

Die „Sp. Z." widerspricht heute auf das Bestimmteste der Nachricht, als werde die Aufhebung der in der Verfassung ausgesprochenen Ministerverantwortlichkeit beabsichtigt, doch sei es wahrscheinlich, daß ein Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit erst nach geschehener organischer Ausführung der vielen in der Verfassungsurkunde enthaltenen „abstrakten Bestimmungen" vorgelegt werden dürfte, da jene „abstrakten Bestimmungen" je nach dem Standpunkte verschieden aufgefaßt und interpretirt würden, und demzufolge, wenn das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit vor ihrer organischen Ausführung stipulirt würde, leicht zu Spaltungen und Verwirrungen Veranlassung geben könnten. Der kurze Sinn dieser Mittheilung scheint demnach darauf hinauszukommen, daß von allen abstrakten Bestimmungen der Verfassung die Ministerverantwortlichkeit die abstrakteste ist und bleiben soll und da sie in diesem harmlosen Zustande sehr unschädlich ist, so ist es allerdings richtig, daß man zu ihrer Aufhebung gar keine besondere Veranlassung hat, und daß schon aus diesem Grunde die betreffenden Mittheilungen der Wahrscheinlichkeit entbehren.

Unter den Vorlagen, welche den demnächst zusammentretenden Kammern gemacht werden sollen, hört die „V. Z." auch eine in Betreff der Schwurgerichte nennen, die unter andern auch Vorschläge in Betreff der (politischen?) Qualifikationen der zu Geschworenen zu wählenden Personen enthalten soll.

(C. B.) Dem Vernehmen nach wird den Kammern eine Vorlage wegen Aufhebung einiger in dem ostrhein. Theile des Reg.-Bezirk Koblenz noch bestehenden, mit den älteren Gemeindeverfassungen zusammenhängenden Gerichtsinstitutionen gemacht werden. Es sind dies Einrichtungen, welche den altländischen Dorfgerichten, die mit Einführung der neuen Justizorganisation gleichfalls aufgehoben worden, verwandt sind.

Vor etwa acht Tagen entfernte sich hier ein höherer Beamte des Charite-Krankenhauses von den Seinigen, nachdem er sich aufs herzlichste von ihnen verabschiedet hatte. Trotz öffentlicher Aufrufe von Seiten seiner Familie war er nicht mehr zu ermitteln. Gestern wurde er auf dem Grabe seines unlängst verstorbenen Kindes erschossen gefunden.

Die kürzlich bei einem hiesigen Leihbibliothekar und bei den Besitzern einer Papierhandlung vorgenommene Haussuchung hat eine Beschlagnahme zahlreicher Briefschaften zur Folge gehabt. Der Inhalt derselben soll Veranlassung geworden sein, die mecklenburgischen Polizeibehörden wegen Recherchen bei einigen in Rostock sich aufhaltenden Personen zu requiriren.

Mit dem 1. künftigen Monats wird die Telegraphenlinie von Stettin nach Posen dem Privatverkehr übergeben werden.

Durch das vor einigen Tagen erfolgte Ableben eines hiesigen Arztes, des Dr. Breyer, hat der animalische Magnetismus, insofern seine Theorie durch die mysteriösen Lehren, welche die Schule des im vorigen Jahrhundert aufgetretenen Mesmer an das System knüpfte, vielleicht den letzten Vertreter dieser Richtung in Deutschland verloren. Dr. Breyer verband mit bedeutenden naturwissenschaftlichen Kenntnissen eine genaue Einsicht in alle, selbst in die neuesten philosophischen Systeme, hielt aber an seiner Theorie, wie sie ihm das vergangene Jahrhundert überliefert hatte, nichtsdestoweniger bis an sein Ende fest. Er soll umfassende Ausführungen seiner Ansichten über den Magnetismus und verwandte Gegenstände hinterlassen haben, welche durch die ordnende Hand seines Sohnes, eines der bekannteren deutschen Demagogen aus den zwanziger Jahren, der jetzt als Arzt in Brüssel lebt, vielleicht an die Oeffentlichkeit gelangen.

Breslau, 23. Oktober. [Verhandlungen des schlesischen Provinzial-Landtages.] 22. Plenar-Sitzung am 10. Oktober 1851, Vormittags 10 Uhr.

Nach der Verlesung des Protokolls wurde der neu eingetroffene Abgeordnete Fritze, Gleiwitzer Wahlbezirks, der Versammlung vorgestellt.

Der Tages-Ordnung gemäß kam das Referat des ersten Ausschusses über

das von dem Oberpräsidenten der Provinz erforderte Gutachten über die bei der nachträglichen Ausgleichung der Kriegs-Leistungen anzuwendenden Grundsätze

zum Vortrag. Referent Abgeordn. Freiherr v. Zedlitz-Neukirch (Glaz) machte zuvörderst darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um die Zukunft handle, da das Gesetz vom 11. Mai d. J. die Grundsätze über die Vergütigung regle. Der königl. Ober-Präsident der Provinz hat in einem an den Landtags-Marschall gerichteten Schreiben vom 25. September unter der Bemerkung, daß durch den Ministerial-Erlaß vom 12. Dezember 1850 ihm die Entscheidung darüber überlassen worden, welche von der, in der allerhöchsten Verordnung vom 12. November pr. in Betreff der Kriegsleistungen erwähnten Verpflichtungen den Einzelnen obliegen, und welche als Gemeinde-Leistungen resp. als Kreis- und Provinzial-Lasten anzusehen sind, die Grundsätze mitgetheilt, nach welchen er hierbei zu verfahren gedenkt, und um sich des Einverständnisses der Provinzialvertretung darüber zu vergewissern, ein Gutachten des Landtages darüber erfordert. Durch die Verordnung vom 12. November v. J. sind die Gemeinden nach Anordnung der höhern Militär- und Verwaltungs-Behörden verpflichtet, eine nachträgliche Ausgleichung kenne jene Verordnung nicht. Das Referat entwickelt weiter, daß nicht Natur allein, sondern das Maaß der einzelnen Leistungen ein Urtheil über ihre nachträgliche Uebertragung begründen könne, und da die bezüglichen Materialien zu diesem Behuf dem Landtage nicht vorlägen, so sei anzunehmen, daß dem königlichen Oberpräsidenten weniger daran gelegen sei, spezielle Fälle in dem Landtags-Gutachten als Anhalt für die ihm zustehende Entscheidung zu finden, als vielmehr sich im Allgemeinen zu vergewissern, ob in der Provinz das Bedürfniß einer nachträglichen Ausgleichung, in welchem Maaße und nach welchen Richtungen hin empfunden werde.

Diesen Ansichten des Ausschusses gegenüber wurde bemerkt: allerdings stehe dem Oberpräsidenten die Entscheidung in diesen Fällen zu, mit dieser aber auch die Verlegenheit, sie nach Recht und Billigkeit zu treffen, deshalb werde das Urtheil der Vertreter der Provinz begehrt, um dem Bedürfnisse am sichersten entsprechen zu können. Einzelne Leistungen wären auch ihrer Natur nach von der Provinz und dem Staate an Gemeinden zu vergüten, sowie die Einrichtung und Ausstattung von Magazinen, Lazarethen 2c.

Die vom Ausschuß gestellte Frage:

ob das Bedürfniß zu einer nachträglichen Ausgleichung bezüglich der Leistungen, für welche nach der Verordnung vom 12. Novbr. 1850 Vergütigung aus Staatsfonds gewährt wird, vorliege?

wurde von der Majorität verneint.

Ebenso wurde vom Landtage mit überwiegender Stimmenmehrheit die Ansicht ausgesprochen:

1) daß wegen Gewährung von Naturalquartier eine nachträgliche Ausgleichung durch Uebertragung auf größere Verbände nicht erforderlich sei, ebenso wenig
2) bei Gestellung von Transportmitteln, Wegweisern oder
3) bei fortifikatorischen Leistungen, welche auf Grund der Verordnung vom 12ten November geleistet worden sind.

Zu den Punkten

4 und 5 der Denkschrift erklärte die Versammlung sich mit den darin enthaltenen Grundsätzen einverstanden, daß die Eingabe von Lokalitäten und Einrichtungen für Magazine, Lazarethe 2c. nicht von den Gemeinden, sondern vom Provinzialverbande getragen werden müßten, jedoch mit einiger, dem wirklichen Umfange der Leistung entsprechenden Modifikation anzunehmen sein werde.

Der Antrag des Ausschusses ad 5b., sich dafür zu verwenden,

daß in ähnlicher Weise wie bei der gewonnenen Ueberzeugung von besonders hervortretenden Härten und übermäßigen Belästigungen schon während der Mobilmachung Remedur im Verwaltungswege dadurch herbeigeführt worden ist, daß die Staatskasse Vergütigungen übernahm, welche ihr nach der Verordnung vom 12. Nov. pr., so auch in den Fällen, in denen nachträglich eine Prägravation anzuerkennen sein möchte, die Staatskasse abhelfend ins Mittel trete,

wurde mit 56 gegen 25 Stimmen angenommen in der Art, daß der Hr. Oberpräsident um diese Verwendung zu ersuchen sein solle.

Mit den

ad 6 und 7 aufgestellten Grundsätzen, daß „für Gewährung der Lager und Bivouaksplätze und Natural-Verpflegung" nicht noch eine besondere Uebertragung nachträglich stattfinden solle,

erklärt die Versammlung sich einverstanden.

Schließlich wurde noch festgestellt unter der Bemerkung, daß dadurch eine Präjudizirung der Ansprüche von Breslau, Görlitz und anderen Städten wegen ihren Lazarethkosten an die Provinz nicht ausgedrückt sein solle,

daß dem königl. Oberpräsidenten die Entscheidung der Frage überlassen bleiben möge, in welchen Fällen die Verpflichtung der Uebertragung nicht allgemein als Last der Provinz anzuerkennen sei, sondern ihr Maaß bestimmen solle, welcher Verband als Gemeinde-, Kreis- oder ein anderer sie zu tragen habe.

Nachdem dieser Gegenstand erledigt, wurde das Gutachten über die Berathung des 1sten Theils ersten Abschnitts der Denkschrift über die Gemeinde-Ordnung vorgetragen und nach einigen kurzen Bemerkungen genehmigt.

Endlich folgte noch die Berathung über das Gutachten des 5ten Ausschusses, die beantragten Baulichkeiten in dem Ständehause betreffend.

Die Anträge

1) Gasbeleuchtung einzurichten und
2) auf 2 Seiten Trottoirs zu legen,

wurden wegen der dadurch dem Reservefonds erwachsenden bedeutenden Schmälerung abgelehnt, dagegen beschlossen,

3) den dem Ständehause gehörigen Raum nach dem Exerzierplatze hin, zwar mit sichtbaren Grenzmalen zu versehen, aber nicht abzuschließen,
4) der neu gewählten Verwaltungs-Kommission für das Ständehaus eine außergerichtliche Vollmacht zu ertheilen.

Schluß der Sitzung. Die nächste heute Nachmittag 5 Uhr.

[Verhandlungen des schlesischen Provinzial-Landtages.] 23. Plenar-Sitzung am 10. Oktbr. Abends 6 Uhr.

Der Landtagsmarschall kündigt der Versammlung an, daß der königl. Landtags-Kommissarius bereit sei, die zur Ueberreichuug der Adressen und Gutachten bestimmte ständische Deputation am 11. Oktbr. Vormittags 11 Uhr zu empfangen. Die Deputation wird aus Mitgliedern aller Stände ernannt. Hierauf folgt nach der Tagesordnung:

I. Referat des 2. Ausschusses über den Petitionsantrag des Abgeordneten Grafen v. Zedlitz-Trützschler wegen Verstärkung der Mittel, Behufs der Abhülfe der dringendsten Nothstände in der Provinz Schlesien. Referent Abgeordneter Freiherr v. Zedlitz-Neukirch auf Kauffungen (Hirschberg).

Die Petition bezeichnet als solche Nothstände die Beschäftigung brotloser Arbeiter, die Armenkrankenpflege vorzugsweise auf dem platten Lande, Unterbringung und Verpflegung hülfsbedürftiger Kreis-Armen, sowie die Instandsetzung schlechter Wege, und schlägt zu diesem Behufe vor:

1) die unter dem Namen des Land-Siechenhaus-Fonds bei der Regierungs-Instituten-Hauptkasse verwalteten, zu provinziellen Zwecken bestimmten, dieser Verwendung zur Zeit noch entgegensehenden Fonds,
2) die Beträge, welche in der ganzen Provinz zur Unterhaltung des Kreuzburger Land-Armenhauses aufgebracht werden und den für jene Anstalt bereits aufgesammelten Bestand,
3) die Ueberschüsse, welche durch Erhöhung der Salzpreise auf die Höhe vor 1842 im Wege eines verfassungsmäßigen Gesetzes für Schlesien zu gewinnen und der Provinz für obigen Zweck zu belassen wären,

unter die einzelnen Theile der Provinz zu vertheilen und deren Selbstbestimmung die speziellr Art und Weise der Verwendung je nach dem in jedem Kreise mehr oder weniger hervortretenden Bedürfnisse unter der Verpflichtung der Rechenschaftslegung an die Provinzial-Vertretung zu überlassen.

Der Referent erkennt die Zweckmäßigkeit jener Vorschläge zu dem gemeinnützigen Zwecke an mit Ausschluß des Vorschlages wegen Erhöhung der Salzpreise, welcher Antrag überhaupt die allgemeine Landesgesetzgebung berührt, bemerkt auch zugleich, daß

die 4 Kreise der Oberlausitz nur an dem Land-Siechenhaus-Fonds, nicht aber an dem Fonds des Kreuzburger Armenhauses Theil nehmen könnten.

Die Lausitzer Abgeordneten erklärten, daß sie auf jene beiden Fonds, als alte schlesische Stiftungen, keinen Anspruch erheben. Ein Abgeordneter für Görlitz erklärte dagegen, daß er sich nicht ermächtigt halte, im Namen der Stadt Görlitz auf einen Antheil dieser Fonds zu verzichten.

Nach der über diesen Gegenstand gepflogenen Diskussion wurden die Fragen:

1) soll der zur ständischen Disposition gestellte Land-Siechenhausfonds zu den angegebenen Zwecken verwendet werden?
2) soll die Verwendung des beim Kreuzburger Land-Armenhausfonds aufgesammelten Kapitals zu den gedachten Zwecken, zur Vertheilung in die Kreise nach der Seelenzahl, jedoch ohne Betheiligung der Oberlausitz allerhöchsten Orts beantragt werden?
3) soll die Verwendung der alljährlich bisher aufzubringenden Beiträge zum Kreuzburger Armenhause, so weit solche disponibel gemacht werden können, sowie die Ueberweisung des $\frac{1}{12}$ Prozents bei Gutskäufen zu überlassen, allerhöchsten Orts gebeten werden?
4) soll Se. Majestät gebeten werden, die Landesbehörden anzuweisen, den Ständen bei dem jedesmaligen Zusammentritt als Provinzial-Vertretung eine Uebersicht zu gewähren, ob und wie die der Provinz allergnädigst überwiesenen Mittel angelegt und verwandt werden?

mit überwiegender Majorität bejahet, dagegen der Antrag

auf Erhöhung der Salzpreise zu den obigen Zwecken

abgelehnt.

Es folgte hierauf:

II. Das Referat über die Petition des Abgeordneten Paulack wegen Ausführung einer Chaussee von Ruhland zur nahen königl. sächsischen nach Dresden führenden nur 1½ Meile entfernten Chaussee auf Staatskosten.

Der Landtag beschloß:

Die Petition dem Landtags-Kommissarius mit der Empfehlung möglichster Berücksichtigung zu überreichen.

III. Der Referent des Central-Ausschusses trug hierauf ein Schreiben des Vorstandes des schlesischen Kunstvereins vor, in welchem derselbe einige Bedenken über die vom Landtage auf den früheren Antrag gestellte Bedingung ausspricht und ersucht den Vorstand, daß auch Bilder, welche im Ständehause aufgestellt gewesen, dadurch nicht am Verkauf behindert werden mögen,

womit der Landtag sich einverstanden erklärt.

Es folgt sodann:

IV. Die Petition über den Vortrag der evangelischen Pfarrer Weihmann zu Olbendorf und Geitner zu Lorenzberg wegen Abänderung der bestehenden Decem-Gesetzgebung, daß der quiescirende Decem sofort als ablösbar erklärt werde.

Da die Petenten nicht den Instanzenzug, nach welchem sie sich an die k. General-Kommission zu wenden gehabt, nicht beschritten, so trug der Ausschuß auf Uebergang zur Tagesordnung an, dem der Landtag beipflichtete.

V. Referat des Central-Ausschusses über die Petition des Magistrats in Grünberg wegen Aufhebung der Weinsteuer in Schlesien event. wegen Gleichstellung mit der Weinsteuer in der Mark.

Der Landtag beschloß mit 45 gegen 26 Stimmen diese Gleichstellung zu befürworten. Schluß der Sitzung Abends 10 Uhr. Nächste Sitzung morgen Vorm. 10 Uhr.

Grätz, 21. Oktober. [Eine Kiste mit Waffen.] Soeben erfahre ich aus sicherer Quelle, daß man in Pinne eine Kiste mit Waffen in Beschlag genommen hat, die als Güterfracht aus Berlin dort angekommen sind. Hoffentlich werden wir wohl in der nächsten Zukunft die näheren Details von dort erfahren. (Pos. Z.)

Düsseldorf, 20. Okt. [Landtag.] Soeben wird das Protokoll der 6. Plenar-Sitzung des Landtages veröffentlicht. Es wird in demselben über das Statut der Provinzial-Hülfskassen berathen und der § 23 des Regierungs-Entwurfs führt dabei zu einer Prinzipien-Frage. Es beantragte nämlich ein Abgeordneter, für die Benennung „Stände" einen anderen Ausdruck zu substituiren. Die desfallsige Diskussion führte zu folgenden Fragen: 1) Soll § 23 unverändert beibehalten werden? 2) Soll folgende, von einem Abgeordneten vorgeschlagene Fassung substituirt werden: „Der Ausschuß wird aus der Mitte der Provinzial-Versammlung unter besonderer Berücksichtigung der verschiedenen darin vertretenen Interessen gewählt"? Ad 1 wurde abgelehnt; ad 2 angenommen. (K. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 19. Oktober. [Vom Bundestag. — Vermischtes.] Es sind in den jüngsten Tagen Instruktionen an den k. k. Präsidialgesandten in Betreff der deutschen Flotte angelangt, aus denen hervorgeht, daß Oesterreich sich neuerdings wieder für den Fortbestand der deutschen Flotte ausgesprochen hat; wie wir vernehmen, dürften Sachverständige abgesendet werden, um eine Prüfung über den Zustand der in der Weser befindlichen deutschen Flotte vorzunehmen. Der Contre-Admiral Brommy befindet sich wieder hier. — Wie wir vernehmen, werden in Kürze Seitens des Bundestages „Commissäre des Bundes" nach Bremen gesendet werden, um den dortigen Verfassungsstreit zwischen Senat und Bürgerschaft zu schlichten und dort einen bundesgesetzmäßigen Zustand wieder herzustellen. Auch die Verfassungen mehrerer anderer Kleinstaaten dürften einer definitiven Regelung Seitens des Bundestages entgegensehen. — Die Thätigkeit der militärischen Werkstätten in den Bundesfestungen ist in den jüngsten Wochen sehr gestiegen. Die Lokal-Militärkommissionen stehen mit der hiesigen Bundes-Militärkommission in beständigem Rapport. — Die Verheirathung der gestern hier eingetroffenen Gräfin v. Bergen, Witwe des verstorbenen Kurfürsten von Hessen, Wilhelm II., mit dem Grafen v. Hohenthal, sächsischem Gesandten bei der französischen Regierung, wird am 28. d. M. hier stattfinden. — In Folge neuerlicher Schlägerei zwischen österreichischen und baierischen Soldaten in Bornheim sind 14 Verwundete in die betreffenden Lazarethe gebracht. (N. Pr. Z.)

C. B. Die Nachricht, daß ein preußisch-österreichischer Antrag für die Regelung des Vereinswesens in Frankfurt eingebracht worden sei, wird uns mit dem Hinzufügen bestätigt, daß der Antrag schon vor einiger Zeit eingebracht worden sei, und daß man bei desfallsiger Berathung und Beschlußfassung auch die freigemeindlichen und deutschkatholischen Vereinigungen in dieses Bereich ziehen werde.

(N. Pr. Z.) Nach neueren Bestimmungen ist der General-Lieutenant Roth v. Schreckenstein zum Oberbefehlshaber des um Frankfurt a. M. in Folge Bundesbeschlusses vom 6. Sept. zusammenzuziehenden Bundeskorps ernannt worden. Zu diesem Korps wird nicht, wie anfänglich bestimmt, das in Koblenz garnisonirende 25. Infanterie-Reg., sondern das 17. Infanterie-Regiment aus Köln und Düsseldorf gezogen werden.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. [Die handelspolitischen Verhandlungen.] Die Weser-Ztg. erhält von hier folgende Andeutungen über den Stand der handelspolitischen Verhandlungen:

„Die hier zusammengetretene Kommission von Sachverständigen zur weiteren Ausführung der Dresdener Vorschläge hinsichtlich der Zoll- und Handels-Angelegenheit wird einige Mühe finden, aus der Stelle zu kommen. Man kann bei den Befürchtungen oder Hoffnungen, die sich an ihre Thätigkeit knüpfen, nicht eindringlich genug auf die geschäftliche und rechtliche Sachlage hinweisen. Es findet sich ein bloßes Kollegium von Technikern vereinigt, welches berathen und begutachten soll, welche Beschlüsse über gewisse Gegenstände des materiellen Interesses möglich wären. Wenn irgendwo, so trifft das ex vinculis sermocinari hier zu: es ist kaum möglich, irgend etwas Anderes, als fromme Wünsche zu formuliren und von bloßen Möglichkeiten zu sprechen. Das, was wirklich möglich ist, wird sich dabei auf Minima reduziren, und dann auch nicht auf dem bundesmäßigen Wege, den hier schon die Stimme von Dänemark oder Holland hemmen würde, sondern nur auf dem Wege der besonderen Verträge außerhalb des Bundes durchzusetzen sein. Gleichwohl hat man in Wien wirklich noch weiter gehende Plane. Man wird nicht unthätig dabei bleiben, daß sich außerhalb des Bundes eine commercielle und industrielle Einheit organisirt, auf die am Ende das Hauptgewicht fallen muß und die unfehlbar auch zu einer politischen Organisation hinführt, also im Grunde zu dem eben glücklich überwundenen Unionswesen. Negiren und sprengen läßt sich der Zollverein nicht, weil man nichts an seine Stelle zu setzen hat, und weil selbst diejenigen Regierungen, denen die politische Seite der Sache unangenehm ist, doch aus finanziellen nnd nationalökonomischen Gründen den Zollverein nicht entbehren können. Der neue Plan, den man in Wien jetzt entworfen hat, geht daher im Wesentlichen auf eine Vereinigung der in den Denkschriften vom 30. Dezember 1849 und 30. Mai 1850 dargelegten Plane mit dem jetzigen Stande der Dinge; der Zollverein soll erhalten werden, aber doch die Bestimmung haben, Theil eines weiteren Verbandes zu werden, mit welchem er sich nach manchen Vorbereitungs- und Einleitungs-Maßregeln am Ende völlig zu amalgamiren hätte. Die obere Leitung würde dann am Ende doch in den Bund fallen, und damit der Charakter des Zollvereins als eines außerhalb des Bundes stehenden Vereins eine übrigens in den Zollvereins-Verträgen selbst bereits vorausgesehene Aenderung erleiden. Es würde also jetzt von Oesterreich eine ähnliche Idee vom engeren und weiteren Bunde verfolgt werden, wie früher bei einer anderen Gelegenheit von anderer Seite. Man wird die ganze Idee nicht verwerflich, ihre Ausführung auch nicht unmöglich, wohl aber sehr schwierig finden müssen. Eine Versorgung der commerciellen und industriellen Interessen von Bundes wegen und die Erhebung des Bundes zu einer commerciellen Einheit wäre segensreich genug. Die Königreiche werden auch jeden dahin abzielenden Plan unterstützen, weil sie lieber Oesterreich und Preußen, als Preußen allein zum Genossen haben, und dabei ihren Einfluß und ihre Selbstständigkeit besser gesichert finden werden. Die Schwierigkeiten werden aber in der Bundesverfassung liegen, und man sollte, ehe man Plane macht, bei welchen auf den Bund gezählt ist, daran denken, ob sich die Bundesverfassung reformiren läßt, die hier in einem circulus inextricabilis befangen ist, so daß man von ihren hemmenden Bestimmungen schwerlich loskommen wird. Das Bundesgebiet zu einem commerciellen Gebiete zu machen wird schon deshalb nicht angehen, weil die nichtdeutschen Staaten die Theilnehmer des Bundes sind, nicht zustimmen werden, und weil die beiden größeren Staaten ihre eigene innere commercielle Einheit nicht aufgeben wollen, gleichwohl aber nicht mit ihrem ganzen Gebiete dem Bunde angehören; deshalb scheint es doch, als ob sich Oesterreich wird entschließen müssen, zunächst noch auf dem von Preußen einmal betretenen Wege nachzufolgen und mit dem konsolidirten Zollvereine einen möglichst liberalen Handelsvertrag zu schließen. Hieran ist aber immer doch erst dann zu denken, wenn man in Oesterreich den neuen Tarif nicht nur publizirt, sondern auch über seine Anwendung Erfahrungen gemacht hat, und wenn das fernere Schicksal des Zollvereins durch die Verhandlungen, zu welchen wahrscheinlich in der nächsten Zeit von Berlin die Einladungen ergehen werden, entschieden sein wird. Alles, was also bis dahin in Frankfurt geschieht, kann nur einen äußerst präparatorischen Charakter tragen und höchstens ein Material liefern, welches man später benutzen und berücksichtigen kann. Die Erwartungen der dem Zollvereine angehörigen und sonst dem Unirungswege nicht geneigten Regierungen von einer Auflösung und Amalgamirung des Zollvereins mit dem Bunde sind übrigens äußerst gering, und die Agitationen, die in dieser Beziehung in München, Stuttgart und Karlsrahe versucht sind, haben gar keinen Erfolg gehabt."

Man schreibt noch über denselben Gegenstand dem „Nürnb. Korr.": „Bis jetzt weiß man von den in volkswirthschaftlichen Angelegenheiten hierher gesandten Regierungs-Kommissarien, daß sie da sind und unter dem Vorsitz des Herrn v. Hermann zu einer Eröffnungs- und einigen folgenden Sitzungen versammelt waren. Die erste Frage, mit welcher man sich in diesen Sitzungen beschäftigte, war das dic cur hic! Und das Resultat: daß man zur Fortsetzung der wiederaufzunehmenden Arbeiten der Dresdener dritten Konferenz-Kommission gekommen sei. Nachdem man sich Dieses klar gemacht hatte, entstand eine zweite Frage, nämlich die: was denn eigentlich von diesen Dresdener Beschlüssen wirklich beschlossen worden sei. Es ergab sich nun, daß es den Vorschlägen der Dresdener dritten Konferenz-Kommission meistens oder ganz an der Zustimmung der Regierungen fehlte und an eine Ausführung um so weniger zu denken sei, als sich die politischen Verhältnisse und die handelspolitischen Aussichten inzwischen bedeutend geändert haben. Somit waren denn die Herren Kommissarien auf dem Rechtsboden angelangt, bei der Frage: was Rechtens. Sie haben sich nun an ihre Regierungen gewandt und warten auf Instruktion. Vorschläge von Seiten der letzteren liegen nicht vor. Preußen hat sich in ein undurchdringliches Schweigen gehüllt, vom Vertrage mit Hannover ist kein Wort mitgetheilt worden; Oesterreich beobachtet ebenfalls ein ernstes Schweigen, die große Frage vom Anschluß an Deutschland ist mit keiner Sylbe berührt worden. So stehen die Sachen. Jetzt erst sieht man, daß die National-Versammlung doch auch in materiellen Dingen ein groß Stück Arbeit vor sich gebracht hat. In Dresden that man nicht viel mehr, als das Material, welches der volkswirthschaftliche Ausschuß seiner Zeit gesammelt hatte, noch einmal zu sammeln; hier wird man die Sammlung von Dresden fortsetzen, das Resultat wird in großen Papierballen bestehen."

Wie die Voss. Ztg. hört, sollen die in Frankfurt zusammengetretenen Sachverständigen ihre Berathungen vorläufig nicht länger, als bis zum 20. November ausdehnen, da der Zollvereins-Kongreß wahrscheinlich auch gegen Ende dieses Monats in Berlin eröffnet werden soll.

Frankfurt, 20. Okt. [Ein Attentat.] Gestern Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr ist in dem sogenannten Stadtwald zwischen Schwanheim und dem Ober-Forsthause auf einen unserer achtbarsten hiesigen Bürger, den Hrn. Schöff Dr. v. Heyden, der mit seinen Kindern auf einem Spaziergang begriffen war, aus dem Buschwerk freventlich und scharf geschossen worden. Die Schußwaffe war mit sogenanntem Hühnerschroot geladen; glücklicher Weise aber traf der Frevler sein Ziel nicht. Der Schuß streifte nur, und einige Schrotkörner, die in dem Arm, der Hand und Seite des Herrn Schöff v. Heyden sitzen geblieben waren, wurden später herausgezogen. Der Unthäter und das Motiv zu seinem Attentat sind noch unbekannt; hoffentlich wird die bereits eingeleitete gerichtliche Untersuchung jenen ans Licht und zur Strafe ziehen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

△ **München,** 20. Okt. [Erklärung der Innungen für Aufrechterhaltung des Zollvereins. — Vermischtes.] Die Intriguen gegen die Verlängerung des Zollvereins von Seiten süddeutscher Kabinete, dauern fort. Unsere Regierung wird fortwährend durch Depeschen bestürmt, sich einmal bestimmt in dieser Angelegenheit auszusprechen. Man erschöpft sich in den Mitteln, Stimmen für Kündigung des Zollvereins zu gewinnen. Regierungsfreundliche Journale haben bereits davon gesprochen, daß Reisende norddeutscher Fabriken Süddeutschland überschwärmen und ihre Waaren zum Spottpreise anbieten, so, daß unsere Gewerbsmeister im Nachtheile sind. Die Staatsregierung hat sogleich Notiz hiervon genommen und fordert nun sämmtliche Innungen auf, **ihr Gutachten über die Nachtheile des Zollvereins, namentlich über die Verhältnisse der Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate gegenüber von denen auf vollendete Fabrikate genau abzugeben.** Sämmtliche Innungen hielten deshalb heute Versammlung, um sich hierüber zu berathen. Wie ich höre, hat sich bereits die Majorität entschieden für den Zollverein erklärt, obwohl von gewisser Seite die glänzendsten Schilderungen von den Vortheilen eines süddeutschen Zollvereins gemacht wurden. Es sollen sogar große pekuniäre Opfer gebracht worden sein, um gegen den Zollverein Stimmung zu erwecken. — Wie nicht anders zu erwarten stand, hat heute die Kammer der Reichsräthe den Gesetzentwurf über die provisorische Forterhebung der Steuern und den provisorischen Fortbestand des Lotto's, nachdem der zweite Präsident, Graf Karl von Seinsheim, die Nothwendigkeit dieses Gesetzes vorerst hervorgehoben, einstimmig angenommen. Nachdem hierauf ein Schreiben des sich in Rom befindlichen Justizministers verlesen, worin dieser den Wunsch ausdrückte, man möge mit der Berathung der von ihm eingebrachten Gesetzentwürfe so lange warten, bis er von seiner Erholungsreise zurückgekehrt ist, wird die Sitzung, welche im Ganzen eine Viertelstunde dauerte, wieder geschlossen. Nicht weniger als 16 der hohen Herren „Reichsräthe" haben heute einen Urlaub nachgesucht. So groß ist die Lust derselben, in der Kammer zu tagen. — Wieder ist heute ein Bataillon in die Pfalz abgegangen, wofür ein Bataillon Pfälzer hierher verlegt wird. Diesesmal hielt Fürst Taxis wieder eine Rede an die Soldaten vor dem Abmarsch; warnte dieselben jedoch nicht wie das letztemal vor dem Umgang mit Pfälzer Bürgern, die nur ihre Verführung zur Untreue beabsichtigen. Ein „dem Sieger von Bronzell" von Oben zugekommener Wink soll Ursache sein, daß dieses unterblieben ist. Uebrigens wird in gewissen Kreisen davon gesprochen, daß sämmtliche in der Pfalz garnisonirende Regimenter, bis kommendes Frühjahr, durch andere „verläßigere" — ersetzt werden sollen, **weil eine Entscheidung der Dinge in Frankreich im nächsten Jahre unausbleiblich ist.**

Karlsruhe, 19. Okt. Die Nachricht, daß im Ministerium des Innern ein Wechsel bevorstehe, ist ungegründet. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Dresden, 22. Oktbr. [Einberufung der Stände. — Verhaftungen.] Das heutige „Dresdn. J." enthält eine Bekanntmachung des Gesammtministeriums, durch welche die Stände auf den 1. Dezember zu einem ordentlichen Landtage hierher berufen werden. — Gestern ist der Buchhändler Bromme allhier verhaftet worden. Jedenfalls ist er der Geschäftsfreund B., welcher an den Buchhändler Matthes in Leipzig geschrieben, wenigstens ist so viel gewiß, daß seine Verhaftung mit den Waldheimer Ereignissen in Verbindung steht. Auch der angebliche Dr. Schneider, welcher in der bezeichneten Angelegenheit auch unter dem Namen eines Dr. Lehmann figurirt, ist heute in der Person eines Studiosus medicinae hier zur Haft gebracht worden. (S. C. Z.)

Hannover, 21. Oktbr. [Verschiedenes.] Das amtliche Bülletin über das Befinden des Königs lautet günstig, dasselbe hat sich in den letzten Tagen sehr gebessert, und nehmen die Kräfte sichtbar zu. — Ueber die sechs Stimmen, welche gegen das Inhibitorium in der ritterschaftlichen Beschwerdesache gestimmt haben, kann die „N. Br. Z." die Mittheilung machen, daß dieselben folgenden deutschen Regierungen angehören: 1) Dänemark, 2) Holland, 3) Hansestädte, 4) Hannover, 5) sächsische Herzogthümer, 6) Braunschweig und Nassau.

Oldenburg, 19. Oktbr. [Der Landtagsabschied.] Die am vorigen Donnerstag ausgegebene neueste Nummer des Gesetzblattes bringt den Landtagsabschied für den aufgelösten allgemeinen Landtag. Wir heben aus demselben hervor, daß trotz der auf dem Landtage herrschenden Spannung mit der Staatsregierung doch verschiedene Gesetze von hoher Bedeutung für unsere Kulturentwickelung zu Stande gekommen sind. Wir meinen die Gesetze wegen Ablösung der auf Grund und Boden haftenden Lasten; wegen Ablösung verschiedener Berechtigungen des Staats; wegen Entschädigung für die aufgehobenen Zwangs- und Bannrechte der Mühlen; wegen Entschädigung für die aufgehobenen Freiheiten und Begünstigungen im Beitrage zu den Staats- und Gemeindelasten. — Gestern ist der Ministerialrath Zedelius nach Berlin abgereist, um als Abgeordneter der hiesigen Regierung an der dortigen Postkonferenz Theil zu nehmen. (W. Z.)

Braunschweig, 19. Oktober. [Die Stellung unseres Ministeriums] ist eine durchaus unsichere und schwankende. Dasselbe hat bis jetzt ein System des gemäßigten Fortschrittes befolgt und damit im Sinne der großen Mehrheit des Landes gehandelt. Eine Opposition gegen dasselbe hat bis zur neuesten Zeit im Grunde nur von Seiten der demokratischen Partei Statt gefunden und diese war von eigenthümlicher Art, indem es eigentlich keine spezifisch braunschweigsche, sondern nur eine Folge der gegen die deutschen Regierungen überhaupt gerichteten war, während unsere Minister als solche, im Grunde auch bei dieser Partei volle Anerkennung fanden. Erst seit einiger Zeit haben sich einige rückläufige Merkmale einer anderen Art von Opposition gezeigt. Zunächst die wüthenden und unabläßigen Ausfälle auf das hiesige Regierungs-System in der hannoverschen Kreuzzeitung, welche einen kirchlich aristokratischen Charakter zeigten; man kennt die Verfasser, man kennt die Lehrer. Dann ein paar Stimmen in der Abgeordneten-Kammer, einen Pastor Morich, ehemaliger Demokrat, jetziger Reaktionär, besonders in Beziehung auf Kirche und Schule, ein ziemlich talentvoller Mann. Dann ein Abgeordneter, Bürgermeister in einem kleinen Flecken, ein Frommer. Der geistig unbedeutende Mann hat allerlei, auch, wie es scheint, Philosophisches gelesen und nicht verdaut, seine langen und langweiligen Vorträge sind das Entsetzen der Zuhörer. Es heißt nun, daß der Landesfürst, nicht unberührt von fernen und nahen Einflüssen, die Ergebnisse der Wirksamkeit seiner Minister und deren System jetzt mit mißfälligen Augen ansehen soll. Das Gesetz über die Zusammensetzung der Abgeordneten-Versammlung und das Wahlgesetz, deren Schicksal sich in dieser Woche entscheiden wird, können uns sehr leicht tief eingreifende Veränderungen bringen. (K. Z.)

* **Hamburg,** 22. Oktbr. [Die Verfassungsfrage. — Die Deutsch-Katholiken.] Unsere Verfassungsfrage ist um einen Schritt vorgerückt. Bekanntlich lief im Frühsommer hier eine preußisch-österreichische Note ein, welche eine Art von Prohibitorium enthielt. Hierauf hat nun der Senat dahin geantwortet, daß die intendirte Verfassung nichts weniger als ein Märzergebniß sei; sie wäre schon vor 1848 beabsichtigt gewesen. Hamburgs alte Verfassungszustände seien für unsere Zeit schlechterdings unhaltbar. So beständen u. A. noch bei uns verfassungsmäßig die Hexenprozesse und die Bestimmung, daß wer ein ihm übertragenes Amt ablehnt, sofort die Stadt verlassen müsse. (Diese Bestimmung gilt noch in der Schweiz. Anmerk. des Ref.) Bei dieser Rückrede scheint sich nun die hohe Politik beruhigt zu haben, denn sie hat eine weitere Entgegnung nicht zur Folge gehabt. Dafür zeigt sich aber auch unser Senat mindestens in politicis dem Bundestage möglichst gefügig. Dieser zeigt sich bekanntlich so vielseitig, daß er selbst die Geheimnisse des Herzens unter seine Kontrole nimmt und die philosophische Frage erörtert, wie viel Zoll Christenthum in einem religiösen Dogma enthalten sind. Unser Senat hat nun wirklich, auf Frankfurter Insinuation, dieses tiefsinnige Geschäft übernommen. Seine Zuschrift an die hiesigen Deutschkatholiken liegt uns vor. Sie setzt in 2 vollen Bogen auseinander, daß unsere Neukatholiken nicht nur das Christenthum, sondern die Grundlagen aller Religion verleugneten, einen persönlichen, außerweltlichen Gott und eine Vorsehung nicht anerkennten und behaupteten, daß die Menschheit das Amt Gottes zu vertreten und sich selbst zu erlösen hätte. Und dies Alles will Herr Senator Schröder aus dem Glaubensbekenntniß und Weigelts Predigten herausgelesen haben.

× **Aus Holstein,** 21. Oktober. [Bestürzung über den Ausgang der Ministerkrise. — Der Herzog von Augustenburg.] Die Nachricht vom Ausgang der dänischen Kabinetskrisis hat bei uns sehr verschiedene Wirkung hervorgebracht. Die Anhänger der vormärzlichen Regierung, besonders die Gesinnungsfreunde des Grafen C. Moltke sehen in dem Ereigniß eine neue Bedrohung ihrer Hoffnungen. So wird uns aus Kiel berichtet, daß die Bestürzung in den dortigen Regierungskreisen des Graf Criminil und der Civilbehörde nicht geringer sei; man spricht davon, daß der dänische Kommissär (Criminil) seine Entlassung nehmen wolle; ebenso die Civilbehörde. Doch war hiervon bereits bei ähnlicher früherer Veranlassung die Rede, und näher Stehende versichern, daß die Herren sich (zum Theil aus persönlichen Rücksichten) zu noch fernern „Opfern" bereit finden würden.

Bei den an den jetzigen Verhältnissen weniger Betheiligten hat jedoch die neue Aenderung der Kopenhagener Regierung nicht große Sensation erregt, da man wohl erwägt, daß die nationale Partei in Dänemark den Kelch bitterer Erfahrungen erst ganz geleert haben muß, eh' sie zu wirklicher Nachgiebigkeit sich genöthigt sehen wird.

Dem Herzog von Augustenburg sind, wie wir bestimmt versichern können, bisher keinerlei offiziöse Anträge, betreffend die Erbfolge, gemacht worden. An vertraulichen Anträgen hat es allerdings nicht gefehlt; der Herzog wird an dem Erbrecht seines Hauses in allen Konsequenzen festhalten, und könnte sich höchstens zu persönlichen Opfern bereit erklären. Die herzogliche Familie wird zum Winter wieder das Landhaus in Niestätten (Holstein an der Elbe) beziehen, über dessen Ankauf des Herzogs Bevollmächtigter eben mit dem jetzigen Eigenthümer in Unterhandlung steht.

☌ **Kiel,** 22. Oktbr. [Das neue dänische Ministerium.] Die Dänen antworten immer auf die Noten der deutschen Mächte mit einer That. Deutschland hatte im Kopenhagener Kabinette an den Ministern C. Moltke und Reedtz für seine gerechten Forderungen noch immerhin einigermaßen eine Stütze. Dieselben pflegten die preußisch-österreichischen Noten im Ministerrathe zu befürworten. Was thun nun die Eider-Dänen? Sie haben ganz einfach diese beiden Gesammtstaatsmänner aus dem Kabinette entfernt und haben statt ihrer, Leute ihrer Partei eingesetzt. Dies ist der Ausgang der, von den gutmüthigen deutschen Zeitungen mit so großem Jubel aufgenommenen Kopenhagener Ministerkrisis. Außer den Obgenannten ist auch noch der Kriegsminister Fibiger ausgetreten, aber, wie es scheint, weniger aus politischen als aus parlamentarischen Gründen. Die Dänen sind in der parlamentarischen Praxis noch unerfahren, denn sie üben dieselbe erst seit 3 Jahren. Diejenigen unter ihnen haben daher im Reichstage ein Uebergewicht, welchen das freie Wort zu Gebote steht. Diese Eigenschaft besitzen nun gerade vorzugsweise die Eider-Dänen, denn sie waren schon lange vor der Revolution die vornehmsten Journalisten und Volksredner; sie haben den 24. März vorbereitet. Zu ihnen zählt auch der ehemalige Kapitän Tscherning, dessen parlamentarische Zunge in inneren Angelegenheiten dem politisch etwas unentschiedenen Kriegsminister Fibiger so lange zusetzte, bis er wich. An seine Stelle ist der General-Major Flensborg getreten, ein guter Ingenieur, aber noch ein besserer Eider-Däne. Er leitete z. B. den Neubau der Dannewirke und die Befestigung Friedrichsstadts. Solche Kollegen kann Herr Madvig brauchen. Da Moltke kein Portefeuille inne hatte, so ließ man seinen Platz unbesetzt. Reedtz's Portefeuille des Aeußern hat Bluhme übernommen, welcher als Vorsteher des, besonders gegen Deutschland gerichteten Sundzollwesens, gewiß auch kein Freund der deutschen Herzogthümer ist. Die dänischen Blätter sind zwar mit diesen Ministerveränderungen auch nicht ganz zufrieden, allein es ist dies blos eine insularische Pfiffigkeit dem Auslande gegenüber. Die neuen Minister werden mit Recht als Notablenminister bezeichnet, die Gutachten der Notablen aber sind bekannt. Ihr Programm, welches sie erst noch zunächst dem Reichstage vorlegen wollen, ist vorauszusehen. Die Adressen, welche in Kopenhagen und im ganzen Lande im eiderdänischen Sinne in Bewegung gesetzt sind, werden das Konzept des Programms bilden. Die bevorstehenden Regierungsmittheilungen über die politische Lage des Landes werden blos eine Umschreibung der deutschen Ohnmacht sein. Auch die „Times" erzählt uns jetzt, daß Preußen das Londoner Protokoll angenommen, d. h. seine Zustimmung dazu gegeben, daß auf den Prinzen Christian von Glücksburg nebst seiner Gemahlin, Prinzessin Louise von Hessen-Kassel, die Erbfolge übertragen werde. Letztere Hinzufügung ist wohl zu beachten, denn sie überträgt die weibliche Erbfolge auch auf die Herzogthümer; die europäische Diplomatie will hiermit einer zweiten schleswig-holsteinschen Frage vorbeugen und die deutschen Augustenburger für die Thronfolge in dieselben auf alle Zeiten ausschließen. Noch sind wir aber nicht so weit.

Dänemark.

* **Kopenhagen,** 18. Okt. [Die Beendigung der Ministerkrisis] hat hier bei allen Parteien eine nicht gewöhnliche Aufregung hervorgebracht. Die Gesammtstaats-Männer, welche besonders der Richtung des Grf. C. Moltke huldigten und ihn als die Stütze des conservativen Princips im Kabinet ansahen, können sich nun nach diesem ganz unerwarteten Rücktritt der gemäßigten Mitglieder Reedtz, Moltke und Fibiger, über den endlichen Ausgang der verwickelten Verhältnisse nicht mehr beru-

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.